



www.linkewoche.at/

WIR ZAHLEN NICHT FÜR EURE KRISE Protest gegen Sozialabbau

**Protest gegen die falschen Maßnahmen der
angeblichen Krisenbekämpfung**

Der aktuelle Weg der EU nützt nur wenigen!

Die von der EU erzwungenen Maßnahmen zur Sicherung von Kapitalgewinnen stürzen große Teile der Bevölkerung in Armut und Elend. Die EZB will mit weiteren Schuldenaufkäufen dieses unmenschliche Spekulations - Spiel weiter ermöglichen und gleichzeitig die regionalen Parlamente ausschalten. Statt dessen herrschen diktatorische „EU-Troikas“. Wo die auftauchen, geht es mit dem Wohlstand breiter Schichten bergab. Nur einige wenige werden dadurch unermesslich reich.

Inzwischen ist die Rezession da! Die Wirtschaft schrumpft! Nun bricht auch der private Konsum ein!
Das trifft wiederum hauptsächlich die unteren Bevölkerungsschichten.

Die Propaganda in Österreich vermittelt: „... naja: Die Spanier, die Portugiesen, die Italiener, die Griechen, die Iren oder auch die Franzosen ... – aber uns geht es gut!“

Das scheint auf den ersten Blick zu stimmen: Wir in Österreich haben eine der niedrigsten Arbeitslosenraten in Europa – noch. In der Steiermark, einem der Bundesländer, in der die neoliberale Regierung als eine der Ersten in Österreich das „harte Sparen“ zugunsten einiger weniger Zinsprofiteure eingeführt hat, beginnt die Arbeitslosigkeit bereits drastisch zu steigen (+11% im Juli im Verh. zum Vorjahr). Den politischen Verantwortlichen unseres Landes scheint das gleichgültig zu sein. Hauptsache die Gläubiger bekommen ihre hohen Zinszahlungen weiter. Der Finanzmarkt will das so!

Das ist der falsche Weg!

**Die Regierung ist allen Bürgern gegenüber verantwortlich
– nicht nur den Banken**

Der Staat sollte für alle da sein und speziell die Schwachen und Bedürftigen schützen. Unter dem EU-Diktat werden aber nur mehr die Multimillionärinnen und Multimillionäre bedient!

**ES GEHT DEN HERRSCHENDEN NICHT UM EINE BUDGETSANIERUNG,
sondern um die Überführung aller Realitäten in privaten Kapitalbesitz !**

Eine Budgetsanierung über erhöhte Einnahmen (Erbschafts- und Vermögenssteuern; Steuern auf Spekulationen, Stiftungen, Vermögenszuwachs) wäre der einzig richtige Weg - verbunden mit einer Reduzierung unnötiger Ausgaben für Prestige-Objekte und Subventionen an Parteien und Großbetriebe. Ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) würde die unteren Schichten vom zynischen Spiel der sogenannten Kapitalmärkte befreien. Die Wiedereinführung des Umlagesystems für Pensionen würde verhindern, dass jeder zwangsweise zum Spekulant wird.

Wir fordern daher:

- sofortige Einführung eines Grundeinkommens in lebenswerter Höhe
- Pensionssystem durch Umlagen, ohne Pensionssparkonten
- sofortige Reduzierung der zu zahlenden Zinsen für die Staats- bzw. Landesdarlehen auf 1%
- keine Neuverschuldung ohne Volksbefragung
- Demokratische Kontrolle bei der Budgeterstellung

KEINE KÜRZUNGEN IM

Sozial-, Jugend-, Kultur- Bildungs- und Gesundheitsbereich !
Wiedereinführung des freien Studiumzugangs ohne Hürden und Gebühren!